

# KRONSHAGEN aktuell

**SPD**  
Sozialdemokraten

**Nr. 4**

Herausgeber:  
**SPD KRONSHAGEN**

## **Blick zurück - nicht ohne Zorn**

Der kommunalpolitische Festpunkt des Jahres 1974 war die Kommunalwahl vom 24. März, auf sie lief alle Arbeit des 1. Vierteljahres hin, von ihrem Ergebnis her erklären sich manche wichtigen Beschlüsse unserer Gemeindevertretung, die seitdem gefaßt wurden. Die CDU erhielt die absolute Mehrheit, wir Sozialdemokraten mußten uns mit 8 Vertretern begnügen. Nun, auch daraus läßt sich etwas machen, wir Sozialdemokraten sind weder Statisten noch vorprogrammierte Ja- oder Neinsager in der



Photo Kühn

Gemeindevertretung, wir versuchen, das Vertrauen, das unsere Wähler in uns gesetzt haben, in täglicher, stetiger Arbeit zu rechtfertigen und möglichst viel von unserem Wahlprogramm auch unter diesen erschwerten Umständen zu verwirklichen.

Nach 8 Monaten (5 Arbeitssitzungen) läßt sich noch keine großartige Bilanz aufstellen, aber eine Blütenlese ergibt sich immerhin. Hier einige Proben!

Die SPD-Fraktion stellte in dieser Zeit folgende Anträge bzw. Anfragen:

1. Ausgabe von Senioren-Pässen an ältere Mitglieder  
(angenommen)

2. Auftrag an die Verwaltung, mit Nachdruck für die Herstellung der Außenanlagen am Einkaufszentrum Fußsteigkoppel zu sorgen  
(angenommen)

Auftrag an die Verwaltung, parallel zum Flächennutzungsplan einen Grünordnungsplan für das gesamte Gemeindegebiet zu erarbeiten, damit der Bestand an Grünflächen und Bäumen geschützt und planmäßig ausgeweitet wird  
(angenommen)

4. Antrag, die Kommunikationsecke Kieler Straße/Seilerei auszugestalten und zu einem Anziehungspunkt zu entwickeln  
(abgelehnt)

5. Anfrage an die Verwaltung wegen der Arbeit der kommunalen Wohnungsvermittlung im Jahr 1973/74:

Unser Antrag war 1973 durch einen CDU-Antrag unterlaufen und verwässert worden. Der Jahresbericht zeigte nun deutlich, daß an dem altgewohnten Zustand der Hilfe für Wohnungssuchende durch unser Bauamt, die wir durchaus anerkennen, die aber unkontrolliert gewährt wird und unkontrollierbar ist, sich auf Grund des CDU-Antrags nichts geändert hat und nichts ändern wird.

6. Auftrag an die Verwaltung zur Verkehrssituation im Bremerskamp  
(angenommen, leider aber von Kiel abgelehnt)

Auch in der Kronshagener Gemeindevertretung weht uns Sozialdemokraten jetzt ein schäferer Wind entgegen. Ohne unsere Einwendungen zu berücksichtigen, paukte die CDU-Mehrheit u.a. folgende Anträge durch:

1. Nach ihrem Wahlsieg setzte die CDU die Erweiterung von 3 Ausschüssen von 5 auf 7 Mitglieder durch und sah in diesem Antrag "ein Stück mehr an Selbstverwaltung und lebendiger Demokratie". Anmerkung dazu: Die SPD wahrte dabei ihren Besitzstand, die FDP bekam nichts zusätzlich ab, und die Gemeindekasse zahlt jährlich mindestens 2000 DM mehr.
2. Im 1. Nachtragshaushalt wurden am 25.6. zwar 2.000 DM für die offene Jugendarbeit im Haus der Jugend bereitgestellt, gleichzeitig aber die Ausgabe dieses bewilligten Geldes gesperrt so daß während der Sommerferien diese dann besonders notwendige Form der Jugendarbeit vorübergehend eingestellt werden mußte. Am 3.9. wurde dieser Sperrvermerk einstimmig aufgehoben, vielleicht weil die CDU inzwischen eingesehen hatte, was sie da angerichtet hatte.
3. Unser gemeindeeigener Kindergarten an der Fußsteigkoppel! Nach unserer Meinung waren die Verhandlungen weder mit der ev. Christus-

gemeinde noch mit der DRK-Ortsgruppe völlig gescheitert, da wurde der Mehrheitsbeschuß durchgepeitscht, diese Einrichtung in eigene Regie zu übernehmen. Vielleicht hätten wir einige tausend Mark sparen können, die Probe wurde nicht gemacht.

4. Einstufung der innerörtlichen Straßen für den Fall der Erhebung von Anliegerbeiträgen: Gegen die Empfehlung des Fachausschusses und trotz der Warnung unseres Bürgermeisters, eine Umstufung von Straßen würde in einem Falle sogar gegen geltendes Ortsrecht verstoßen, setzte die CDU gegen unsere Stimmen die Umstufung einiger Straßen durch. Ob man da wohl jemandem einen Gefallen tun wollte?

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen, mögen aber genügen. Und wenn Sie meinen, ich hätte in diesem Bericht etwas zu dick aufgetragen, das wäre wohl Schwarz-Weiß-Malerei, bitte besuchen Sie die Gemeindevertretungen, vergleichen Sie die Beiträge der Fraktionen, machen Sie sich selbst ein Bild von unserer Arbeit.

Günther Widulle  
Sprecher der SPD-Fraktion

## Tips für den Hobbygärtner

Unter dieser Rubrik wollen wir Ihnen jeweils kleine Hinweise und Ratschläge für die Pflege und Anlage des Vorgartens geben.

Heidelbeeren und Preiselbeeren als Nutz- und Ziersträucher

Nach den Gartenheidelbeeren, die wir bereits einige Jahre kennen, sind neuerdings auch Kulturformen der Preiselbeeren (auch Kronsbeeren genannt) aus Amerika zu uns gekommen. Diese immergrünen Halbsträucher, die zur Familie der Heidekrautgewächse gehören, werden 15-20 cm hoch und sind ganz hervorragende Bodendecker, die kein Unkraut aufkommen lassen. Sie lieben eine absonnige Lage und brauchen, weil sie Kalkflüchter sind, einen humosen, mit sehr viel Torfmuß angereicherten Boden, der nie ganz austrocknen sollte.

Ab August können die großen, roten, herbsüßen Beeren einige Wochen geerntet werden. Sie haben einen hohen Vitamingehalt und werden zu Säften, Konfitüren und Kompotten verarbeitet.

Pflanzzeit ist das Frühjahr (März - Mai); Pflanzabstand 30 cm. Bisher sind die Sorten "Gunilla" und "Liebesperle" bekannt. Preis ca. 5,-- DM.

Gärtnerische Kunst machte aus der auf Heiden und in lichten Wäldern vorkommenden 30 cm hohen Wildform der Heidelbeere (Blaubeere, Bickbeere) starke Büsche, die 1,5 m Höhe erreichen. Diese wollen - im Gegensatz zu den Preiselbeeren - eine vollsonnige Lage.



Doppelte Wirkung wird erzielt, wenn dieser Nutz- und Zierstrauch in den Vorgarten gepflanzt wird. Im Frühjahr wirken hier die weißlichen Blüten auf den Betrachter, während die fast kirschgroßen blauen Beeren und die sich hell-bis blutrot färbenden Blätter im Sommer und Herbst ein hervorragender Schmuck sind.

Da Heidelbeeren gleichfalls sehr kalkfeindlich sind, sollte man unbedingt eine 50 X 50 cm große Pflanzgrube ausheben und mit einer Plastikfolie auslegen. Der Strauch wird dann in eine Erdmischung gesetzt, die zu gleichen Teilen aus dem ausgehobenen Mutterboden und Torf besteht. Eine dicke Mulchdecke aus Torfstreu, die jährlich erneuert wird, ist erforderlich sowie gelegentliche Gaben eines chlorfreien Düngers (Superphosphat).

Pflanzzeit: Frühjahr (März-Mai); Pflanzabstand 1,5 - 2 m.

Sorten: u.a. "Dixi" und "Herbert". Es empfiehlt sich, der besseren Befruchtung wegen, beide Sorten anzupflanzen.

Preis: 3-4jährige Sträucher mit Erdballen ca 10 DM.

Walter Weskamp

## Eltern als Partner des Kindergartens

### Prof. Dr. Hielscher

Kronshagen wird bald einen neuen Kindergarten haben, dessen Träger - anders als bei den vorhandenen Kindergärten - die politische Gemeinde Kronshagen sein wird. Nicht nur der künftigen Elternschaft des Kindergartens, sondern allen Bürgern unserer Gemeinde sollte die Neuerrichtung einer kommunalen Bildungs- und Erziehungsinstitution Anlaß zum Nachdenken darüber geben, wie Demokratie auch in den Gemeinden als Lebensordnung verwirklicht werden kann. Es wäre falsch, hierbei nur an den Erziehungsstil zu denken, der innerhalb des Kindergartens praktiziert wird; ebenso wichtig ist es, daran zu denken, ob die Eltern als Partner ernstgenommen werden.

Eltern als Partner des Kindergartens - was heißt das? Partner zu sein heißt, zu helfen, bei Notlagen einzuspringen, Verständnis für die Probleme des anderen zu haben. Dabei darf es jedoch nicht bleiben. Denn Partner zu sein heißt auch, mitzuwirken, mitzubestimmen, mit Verantwortung zu tragen. Da Eltern tagtäglich unmittelbar oder mittelbar von Entscheidungen des Kindergartens betroffen werden, müssen sie das Recht und die Möglichkeit haben, am Zustandekommen dieser Entscheidung mitzuwirken.

Wer meint, diese Forderung sei eigentlich selbstverständlich, der übersieht, daß in Schleswig-Holstein die Mitwirkung der Eltern in Kindergärten nicht gesetzlich geregelt ist. Trotz mehrfacher Anstöße und Vorlagen der SPD-Fraktion im Landtag hat es die Mehrheit des Landtages bisher abgelehnt, für Schleswig-Holstein ein Kindergartengesetz zu verabschieden. So hängt die Mitbeteiligung der Eltern an den Entscheidungen des Kindergartens davon ab, ob der Träger von sich aus dazu bereit ist. Die SPD-Fraktion in der Kronshagener Gemeindevertretung wird sich dafür einsetzen, daß es bei dem neuen Kindergarten zur Bildung eines Beirats kommt, in dem die Eltern zusammen mit Vertretern der Gemeindeverwaltung, der Vertreterkörperschaft und mit den Mitarbeitern des Kindergartens alle wichtigen Fragen und Probleme beraten und - wo es sinnvoll ist - auch darüber beschließen können.

Die pädagogische Arbeit des Kindergartens würde damit auf eine breite Basis gestellt werden - zum Wohle und Nutzen der Kinder und zur Verwirklichung einer lebendigen Demokratie in unserer Gemeinde.



### Wußten Sie schon?

daß der Kündigungsschutz jetzt Dauerrecht geworden ist? Ab 1.1. 1975 wurden die Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetz im BGB verankert und teilweise noch verbessert. Sie können sich über das neue Mietrecht beim Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 53 Bonn, Welcherstraße 11 informieren.

# KLAUS MATTHIESEN:

## Mehr Investitionen möglich

Sozialdemokraten wollen Konjunkturprogramm mit zusätzlichen Mitteln

Die Erklärung des CDU-Abgeordneten Bartheidel, "weitere mit zusätzlichen Mitteln finanzierte Konjunkturmaßnahmen in Schleswig-Holstein seien aus finanz- und stabilitätspolitischen Gründen nicht mehr vertretbar", hat die schlimmsten Befürchtungen der SPD bestätigt. "Stabilitätspolitische Gründe" heißt ja: Die CDU meint, auf Kosten der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein die international verursachten Preissteigerungen in der Bundesrepublik drücken zu können. Dies ist sachlich ein untaugliches Instrument und sozialpolitisch ein gefährlicher Irrweg. Es ist nunmehr für jeden offensichtlich, daß die CDU den überhöhten Bestand an Arbeitslosen in unserem Lande bis zum Wahltag nicht abbauen will.

Die Begründung der CDU für ihre planmäßige Untätigkeit ist völlig unglaubwürdig. Bisher hatte der Ministerpräsident stets mehr Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt - allerdings von der Bundesregierung. Stabilitätspolitische Bedenken gab es hier offenbar nicht. Die mittlerweile erfolgreichen eigenen Konjunkturprogramme anderer Bundesländer sind im übrigen der beste Beweis gegen die fadenscheinigen Ausreden der CDU.

Die CDU ist nun aufgefordert, endlich Klarheit in ihre Wirtschaftspolitik zu bringen: Entweder weiterzumachen mit Krisengerede und eigener Untätigkeit oder die gemeinsame Verantwortung aller demokratischen Parteien für die Erhaltung der Arbeitsplätze anzuerkennen.

Die nationale Aufgabe der Arbeitsplatzsicherung duldet kein parteipolitisches Gezerre. Denn der Kampf um die Stabilität der Arbeitsplätze ist zugleich ein Kampf um die politische Stabilität des demokratischen Staates. Wir bieten daher dem Ministerpräsidenten eine gemeinsame Politik zur Sicherung der Beschäftigung auf der Grundlage folgender Maßnahmen an:

1. Es muß sichergestellt werden - und zwar nachweisbar - daß die im Landshaushalt vorgesehenen Investitionsprojekte beschleunigt und vorzeitig als Aufträge an die Wirtschaft vergeben werden. Ankündigungen haben wir genug gehört - jetzt müssen Taten folgen und das vorhandene Geld auch eingesetzt werden.



2. Durch flankierende Maßnahmen der Landesregierung ist für eine zügige Durchführung des Konjunkturprogramms des Bundes zu sorgen. Wir haben hierzu konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.
3. Entsprechend dem Beispiel anderer Bundesländer braucht Schleswig-Holstein ein zusätzliches eigenes Landesprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich schwachen Räume des Landes. Die SPD hat nachgewiesen, daß hierfür ohne weiteres mindestens 70 Mio DM bereitgestellt werden können.

Ich hoffe sehr, daß unsere konstruktiven Vorschläge nicht länger ungehört verhallen. Die Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein haben Anspruch auf energisches Handeln der Landesregierung.

# Nachts an der Fußsteigkoppel

Schwäne, man weiß es, sind Märchenvögel. Man kann nie sicher sein, ob in ihrem Gefieder nicht verzauberte Prinzessinnen oder verwunschene Prinzen stecken. Auch die Kronshagener Schwäne Ida und Fiete, wohnhaft an der Fußsteigkoppel, bilden da keine Ausnahme. Bei Schwänen ist man nie sicher.

Neulich Nacht - ich wählte die Schwäne schlafend - hörte ich ein Gespräch. Ein Streitgespräch gewissermaßen. Es ging darum, ob der neue Kindergarten vor Schwanens Tür die Schwäne zu Nachwuchs verpflichtete. Fiete - natürlich, ein Mann! - war für Nachwuchs. Begründung: einen noch bequemeren Weg zum Kindergarten gäbe es gar nicht, außerdem sei es eine einmalige Gelegenheit, Menschenkinder und Schwäne von Kindesbeinen an miteinander vertraut zu machen. Schwäne seien für den Menschen als Symbol einfach unentbehrlich. Er, Fiete, nenne nur den Schwanenritter und die Schwanjungfrauen...

Hier schlug Schwänin Ida mit den Flügeln, daß es nur so rauschte. "Hör auf," sagte sie energisch, "so jung bist du auch nicht mehr. Und wenn du mich fragst: mir wär's lieber, es würde endlich das Altersheim gebaut. In unseren Jahren freut man sich an anderer Leute Nachwuchs, aber man geht nicht mehr in den Kindergarten."

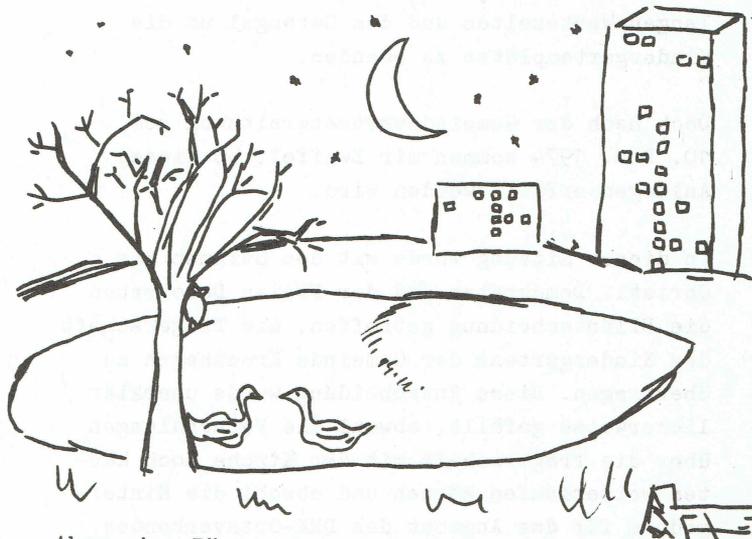
"Ich doch nicht, aber unser Nachwuchs..."

"Und ich will keinen Nachwuchs in diesen Zeiten, ich will..."

"Ruhe!" mischte sich eine Stimme ein. Sie kam von den etwas entfernt stehenden Bäumen. Die Schwäne schauten erschrocken hoch und steckten dann den Kopf so ins Gefieder, daß sie weißen Bällen glichen. Die Stimme von oben - vorsich-

tig riskierte ich ein Auge - gehörte einer Eule.

"Gestatten:Kauz", sagte sie höflich, als sich unsere Blicke trafen. Und fuhr dann fort: "Ob Kindergarten oder Altersheim ist mir gleich."

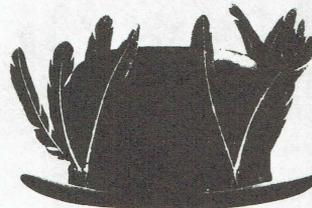


Aber eine Bücherei sollten wir endlich haben. Da könnten alle - Urahne, Großmutter, Mutter und Kind - alles über Schwäne und ihren Symbolwert nachlesen. Über meine eigene Familie - von Uhu - übrigens auch. Wofür sind Sie denn?" Die runden Eulensaugen sahen mich scharf an. "Ich? Ich bin als Bürgerin für alles," stotterte ich, "auch dafür, daß Urahn, Großvater, Vater und Sohn - verstehen Sie? Man muß das Jahr der Frau ja nicht übertreiben."

Der Kauz kicherte. Er kicherte buchstäblich und sehr respektlos. Dann flog er davon.

Sie glauben die Geschichte nicht? Waren Sie schon mal in einer feucht-fröhlichen Nacht bei den Kronshagener Schwänen? Na, sehen Sie!

- Elsa -



Aktion:  
„Schwarzer Hut mit  
fremden Federn“

Fremde Federn auch in Kronshagen am schwarzen Hut

Im kommunalen Bereich sprechen alle gern von gemeinsamer Verantwortung und sachlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Bürgers. Doch wenn es dann zur Wahl kommt, ist davon nicht mehr die Rede. So buchte die CDU alles auf ihr Konto, was an Leistungen und Fortschritten für Kronshagen erreicht wurde: z.B. die Gründung und den Bau des Gymnasiums.

Tatsächlich ist der vorzeitige Gymnasiumsbau einem Antrag der S P D - Fraktion zu verdanken. Ebenso ist die Initiative zum Bau eines Alten- und Pflegeheims von der SPD ins Leben gerufen worden - allen voran von der Ehrenbürgerin Ida Petersen.

# Weniger Kindergartenplätze?

Getragen von allen Parteien wurde im letzten Jahr von der Gemeindevertretung der Beschluß gefaßt, an der Fußsteigkoppel einen neuen Kindergarten zu bauen. Alle Gemeindevertreter waren sich in dem Bemühen einig, für das kinderreiche Neubaugebiet mit diesem Bau die langen Wartezeiten und das Gerangel um die Kindergartenplätze zu beenden.

Doch nach der Gemeindevertreterversammlung vom 10. Dez. 1974 kommen mir Zweifel, ob dieses Anliegen erfüllt werden wird.

In dieser Sitzung wurde mit den Stimmen der Christl. Demokraten und der Freien Demokraten die Eilentscheidung getroffen, die Trägerschaft des Kindergartens der Gemeinde Kronshagen zu übertragen. Diese Entscheidung wurde unerklärlicherweise gefällt, obwohl die Verhandlungen über die Trägerschaft mit der Kirche noch hätten weiterlaufen können und obwohl die Hintergründe für das Angebot des DRK-Ortsverbandes noch nicht erfragt worden waren.

Diese an sich schon anfechtbare Entscheidung wurde von der CDU-Fraktion mit einem weiteren Tagesordnungspunkt der Gemeindevertreterversammlung verquickt. Und zwar mit dem Antrag der Christus-Gemeinde Kronshagen auf Gewährung von Zuschüssen für das Haus der Begegnung (Kopperpähler Allee 143) und die Kinderstube und den Kinderhort (Hasselkamp 1-3). Mit der Begründung, jeder Groschen sei jetzt für den gemeindeeigenen Kindergarten wichtig, lehnte die CDU-Fraktion den Antrag der Kirche ab. Ich frage mich, was mit diesem Junktim erreicht werden soll! Bisher war die Kirche gut genug, die sozialpädagogischen

Aufgaben und Verpflichtungen der Gemeinde Kronshagen in bezug auf Kindergärten und Jugendarbeit zu übernehmen. Nun auf einmal wird ihr die Tür vor der Nase zugeschlagen. Anstatt die Bemühungen der Kirche um die Kinder- und Jugendarbeit in Kronshagen weiter zu unterstützen, meint die CDU-Fraktion jetzt über den Dingen stehen zu können!

Die Verärgerung in der Kirchengemeinde ist verständlich. Die Kinderstube Hasselkamp wird geschlossen - wer weiß, wo die Kirche noch Kindergartenplätze einsparen muß! So kann man die guten Absichten der Gemeindevertreter in ein Eigentor verwandeln:

Wir werden einen teuren Kindergartenneubau finanzieren, durch die übernommene Trägerschaft die gesamten Unterhaltungskosten tragen, und trotz aller Anstrengungen werden wir den Kronshagenern weniger Kindergartenplätze anbieten können!

Fürwahr: Es geschieht alles zum Besten des Bürgers!!!

Lianne-Maren Mürl

## Wußten Sie ...

daß die CDU gegen Mieterbeiräte ist? Die Bemühungen, auch bei der Kieler Wohnungsbaugesellschaft Mieterbeiräte einzurichten, scheiterten am Widerstand der CDU (s. KN v. 6.11.74: CDU gegen Mieterbeiräte!).

## Norbert Gansel

Der Kieler Bundestagsabgeordnete und frühere stellvertretende Juso-Vorsitzende Norbert Gansel berichtet von seiner bonner parlamentarischen Arbeit und spricht zu dem Thema:

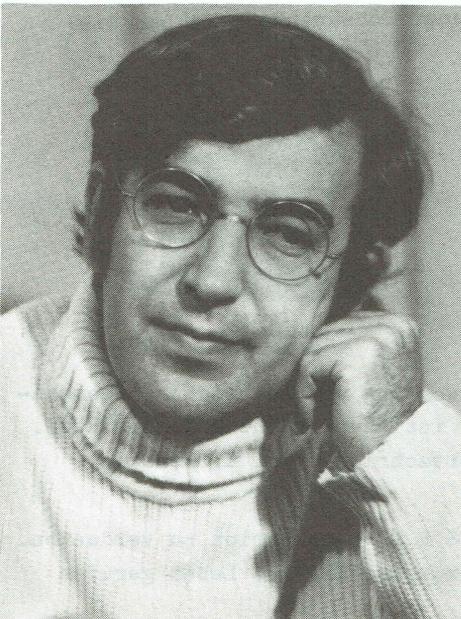
### Reformpolitik bleibt wichtig!

Norbert Gansel steht Ihnen anschließend für Fragen zur Bundes- und Landespolitik zur Verfügung.

Informieren Sie sich aus erster Hand:

am Freitag, 21 März 20.00 Uhr Gaststätte Königstein

Poster und Autoaufkleber für den Wahlkampf können Sie anfordern bei Gerd Bruhn, Hasselkamp 58, Tel. 58 71 00



# Wie eine gute Reform plötzlich zum Teufelswerk wird

Am neuen Steuergesetz hat auch der heute härteste Kritiker mitgebastelt: Die Union

Von Rolf-Dietrich Schwartz (Bonn)

Einen Tag nach dem Steuerreformkompromiß im Juli des vergangenen Jahres ließ sich der Bonner Regierungschef vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung schriftlich über das Echo aus den Massenmedien und Parteien berichten. „Quer durch die politischen Standorte“, so das Ergebnis der Meinungsforscher, „wird der Kompromiß positiv und negativ bewertet, wobei jedoch bei unionsnahen Kommentatoren die Zustimmung und bei Kommentatoren aus dem sozial-liberalen Lager die Abneigung überwiegt.“

Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sich erst in der Schlußphase der Auseinandersetzungen mit dem von der Union beherrschten Bundesrat voll für seine Steuerreform engagiert hatte, labte sich an freundlichen Schlagzeilen und wohlmeinenden Prognosen. Springers „Welt“ schrieb: „Ein Sieg der Vernunft.“ Das dem Kanzler selten gewogene Handelsblatt meinte: „Mit dieser Steuerreform wird Schmidt sicherlich bei den Steuerpflichtigen, soweit sie keine Unternehmer sind, Anerkennung und Dank der Wähler finden.“ Und vor gut einem halben Jahr brach sogar die „Bild“-Zeitung in eine beispiellose Lobeshymne auf die Koalitionsregierung aus: „Weniger Steuern — Danke!“ balzte das Massenblatt. Das alles geschah in einer Zeit, da als „regierungsfromm“ abgestempelte Gazetten wie die „Süddeutsche Zeitung“ („Weder besser noch einfacher, auch nicht logischer und gerechter“) oder die „FR“ („Etikettenschwindel“) eher auf Distanz gegangen waren.

Mit ihrer Opposition hatten sich die Skeptiker und Zweifler auch auf Gedenkuren zur parlamentarischen Opposition begeben. Der CDU-Vorsitzende Kohl schwärmte vor den Kameras des Zweiten Deutschen Fernsehens von einem „vernünftigen Ergebnis“. Seine Mitbewerber im Rennen um die Kanzlerkandidatur mochten kaum zurückstehen und strichen die „klaren Verbesserungen für die Steuerzahler“ (Stoltenberg) oder die „Sicherstellung der Milliarden-Steuerentlastung“ (Strauß) heraus. CDU-Generalsekretär Biedenkopf buchte in der „Welt der Arbeit“ die steuerliche Entlastung, insbesondere der unteren und mittleren Einkommensbe-

zieher, vor allem auf das Konto von CDU und CSU.

Das alles hat sich geändert, seit viele Steuerzahler ihre ersten Lohn- und Gehaltsabrechnungen des Jahres 1975 gesehen haben. Eine Beschwerdelawine enttäuschter Wähler flutet in Richtung Bonn. Und plötzlich verwandelte sich die Reform flugs in ein Teufelswerk sozialistischer Mißwirtschaft. Oppositionschef Carstens meisterte als erster der Unionsgarde die Kurve und fühlte „angesichts der Ungereimtheiten und sozialen Härten die Warnungen und Bedenken der Opposition bestätigt“. Das geschah noch zu einer Zeit, da man von der CDU für drei Mark pro 100 Stück „Argumentationskarten zur Steuerpolitik“ (Bestell-Nr. 296) beziehen konnte. Darin standen noch solche „Klopse“ (SPD-Pressedienst) wie diese: „Der von CDU und CSU herbeigeführte Steuerkompromiß bringt stärkere Entlastungen, als die Bundesregierung vorgesehen hatte.“

Inzwischen jedoch werden unter der Bestellnummer 6325 Argumentationskarten „Steuerreform NEU“ angepriesen, da nicht alle Unionsanhänger die Kehrtschwengung so elegant nachvollziehen können wie die eigene Führungsriege. Dort hatte sich inzwischen CSU-Chef Franz Josef Strauß an die Spitze der neuen Bewegung gesetzt. „Es werden noch mehr Pannen dieser sogenannten Steuerreform fühlbar werden“, versuchte er sich am 30. Januar nach einer schnellen Wandlung vom Saulus zum Paulus als Prophet der Partei.

Was sich allerdings bisher als Panne der Steuerreform herausgestellt hat, läßt sich im Kern auf die Abänderungswünsche der CDU/CSU-Experten am Koalitionsmodell zurückführen. Das gilt besonders für das Haupttätigkeitsfeld: die monatliche Höherbelastung doppelverdienender Arbeitnehmer-Ehepaare. Um die bisher üblichen Steuernachzahlungen der zur Klasse IV und V zählenden berufstätigen Ehepaare am Ende eines Jahres zu vermeiden, hatten sich die Steuerexperten von Bund und Ländern darauf geeinigt, die zu niedrig angesetzten monatlichen Tarife „in einem Aufwisch mit der Steuerreform“ (so die Beteiligten heute) aufzuheben. „Geistiger Vater“ dieser Anstrengungen um ehrlichere Steuertarife könnte sich jetzt

der rheinland-pfälzische CDU-Finanzminister Gaddum feiern lassen, wenn Strauß nicht längst sein Verdammungsurteil über diese „Pannen“ gesprochen hätte.

Bereits am 7. Mai 1973, lange Zeit vor den eigentlichen Arbeiten am Steuerreformkonzept der Regierung also, meinte Gaddum in einem Schreiben an Bonn, „daß mit einer Neugestaltung dieser Steuerklassen in Richtung auf eine schärfere Anspannung der Tarife ein Weg gefunden werden könne, an dem das Problem Nachforderungen auf Dauer gesehen in der Praxis bewältigt werden könnte“. Diese CDU-Anregung nahm die Koalition bereitwillig auf und



Lob vom Gegner: Schmidt

kassierte 1973 vom Bundesrat offiziell und ausdrücklich Lob und Anerkennung. Das Lob will heute niemand mehr hören angesichts der Empörung von viereinhalb Millionen doppelverdienenden Ehepaaren. Zum Glück für die Unionsparteien trifft der Zorn nun die Regierung.

Das Risiko, sich bei einzelnen Teilen der Steuerreform eindeutig und ohne Hintertürchen festzulegen, ging die Opposition allerdings nicht mehr ein. Bei der neuen Kindergeldregelung, von Strauß auch als Panne deklariert, waren

die Unionsexperten freilich gezwungen, während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens wilde Kapriolen zu schlagen. Die Ablösung der mit steigendem Einkommen vorteilhafteren Kinderfreibeträge durch ein einheitliches Kindergeld teilte die CDU/CSU in eine Vielzahl sich gegenseitig bekämpfender Lager.

So begrüßten die CDU-Sozialausschüsse 1971 die Absicht der Koalition, die Familienentlastung „unabhängig vom Einkommen der Eltern“ zu gewährleisten und mit der Steuerschuld zu verrechnen. Dem CDU-Finanzexperten Häfele war das damals noch „einen Gang zum Verfassungsgericht nach Karlsruhe“ wert.

Der Chef der CDU-Sozialausschüsse, Hans Katzer, rühmte sich noch am 24. Januar dieses Jahres im Kölner „Express“, daß seine Partei mit ihrer Bundesratsmehrheit die von seiner Anhängerschaft befürwortete Verrechnung des Kindergeldes mit der Steuerschuld verhindert habe. Nun kommt das Geld von den Arbeitsämtern. Die monatliche Steuerbelastung fällt optisch höher aus, und die Opposition braucht sich nicht einmal festnageln zu lassen, da sie ein breites Spektrum von entschiedenen Nein- und entschlossenen Jastimmen hat.

Nicht viel anders sieht es mit den weiteren von Strauß beschworenen Pannen der Steuerreform aus. Da hängen sich Mitglieder der Opposition an den Zug der Empörung, beispielsweise über die Streichung der Sondervergünstigungen für Diätverpflegung oder für die über 50jährigen, obwohl sich in den Stellungnahmen des Bundesrates nachlesen läßt, daß es die CDU/CSU-Experten waren, die in der Länderkammer für diese „Pannen“ gesorgt hatten.

Nur der zu den entschiedensten Gegnern dieser Reform gehörende Vorsitzende der Steuerbeamten, Hermann Fredersdorf, seines Zeichens SPD-Mitglied und Vertreter im Wirtschaftsausschuß beim Parteivorstand, zählt zu den wenigen Opponenten, die man getrost ausreden lassen kann, ohne daß sie sich am Ende selbst widersprechen. Von der Reformabbruchfirma „Strauß & Co.“ wissen kann das niemand behaupten.

